

Zu viel Personal in Behindertenwerkstätten?

Finanzen Rechnungshof und Landesregierung streiten über Kosten

Von unserer Chefredakteurin
Ursula Samary

■ **Rheinland-Pfalz.** Benötigen die 36 Behindertenwerkstätten im Land wirklich rund 260 Millionen Euro für ihre Arbeit in diesem Jahr? Das Geld müssen Land und Kommunen je zur Hälfte aufbringen. Über diese Frage ist ein handfester Streit zwischen dem Land und dem Rechnungshof sowie zwischen dem Land und den Trägern entbrannt. Nach einer neuen Kritik des Landesrechnungshofs billigt das Land den Werkstätten immer noch viel zu viel Personal zu – auch mit der erst im Juni erlassenen Rechtsverordnung. Den Personalschlüssel bewertet die Behörde als „nicht sachgerecht“, Ausgaben in Millionenhöhe seien vermeidbar. Die Prüfbehörde beruft sich auf einen Vergleich mit anderen Ländern.

Nach den Zahlen des Rechnungshofs, der für den Bericht von 2015 Daten aus der Amtszeit von Malu Dreyer (SPD) als Sozialministerin auswertete, flossen im Jahr 2011 bereits 30 Millionen Euro zu viel. Danach war er davon ausgegangen, dass dies zu Konsequenzen führt. Aber die vermisst er offenbar bis heute.

2015 hatte der Rechnungshof überhöhte Tagessätze moniert, weil Werkstätten auch dann den vollen Tagessatz erhielten, wenn Behinderte nur halbtags in den Werkstätten waren. Es sei auch nicht überprüft worden, ob noch Geld für Betreuer gezahlt wurde, die gar nicht mehr beschäftigt wurden. Nach den Daten des Rechnungshofs floss auch noch Geld für Tilgungszuschüsse von Darlehen, die längst abbezahlt waren. Denn das Landesamt für Soziales habe ständig gezahlt, ohne Belege für tatsächliche Ausgaben der Werkstätten anzufordern.



Arbeiten in den Behindertenwerkstätten im Land mehr als 500 Beschäftigte zu viel? Der Landesrechnungshof moniert den Personalschlüssel als nicht sachgerecht, die Landesregierung aber widerspricht und erhält Lob von den Werkstätten dafür. Denn es gehe auch um die Qualität.

Foto: dpa

Das Sozialministerium erklärt zur neuen Kritik des Rechnungshofs: Das Kabinett der Ampelkoalition aus SPD, FDP und Grünen habe im Juni den derzeit gültigen Personalschlüssel für sachgerecht gehalten und abgesegnet. Abstriche gebe es inzwischen aber, wenn Behinderte nur teilzeitbeschäftigt werden.

Wie viele Stellen sah die Landesarbeitsgemeinschaft „Werkstätten für behinderte Menschen“ vorher in Gefahr? Die Dimension beziffert der Vorsitzende Marco Dobrani mit mehr als 500 Stellen „zulasten der Menschen mit Behinderungen“. Daher ist sein Geschäftsführer Thomas Umsonst froh, dass sich die Landesregierung mit ihrer Verordnung für „eine bessere Sozialpolitik“ entschieden habe und nicht wie der Rechnungshof

nur aufs Geld schaue, sondern auch auf die Qualität der Betreuung. Allerdings hat das unter Erklärungsdruck geratene Sozialministerium, das im Juni die Werkstätten personell schonte, bereits im April auch alle 36 Werkstätten verklagt, weil sie sich nicht uneingeschränkt vom Land in die Bücher schauen lassen wollen.

In dem Rechtsstreit taucht noch ein weiterer Widerspruch auf: Mit der Klage vom April vor den Sozialgerichten fordert das Landesamt für Soziales ein uneingeschränktes Prüfungsrecht der Wirtschaftlichkeit. Aber in der Rechtsverordnung vom Juni heißt es – wie es die Werkstätten auch fordern – unter Paragraf 9 „Prüfung der Wirtschaftlichkeit“: Das Land darf in die Bilanz sehen, „wenn Anhaltspunkte vorliegen“, dass Leistungen

nicht wirtschaftlich erbracht werden. Da dürften sich nicht nur die Richter fragen, was das Land eigentlich will – ein uneingeschränktes Prüfungsrecht wie in der Klage oder ein anlassbezogenes wie in der Verordnung?

Noch eine andere Frage zur Logik stellen sich die Caritas-Werkstätten Westerwald-Rhein-Lahn. Denn Geschäftsführer Armin Gutwald versteht nicht, warum auch seine Werkstätten für mehr als 600 Menschen mit geistiger, körperlicher oder seelischer Behinderung verklagt werden. Sie hätten bereits 2015 dem Land bei Einzelverhandlungen über Vergütungssätze umfangreich „Einblick in unsere betriebswirtschaftlichen Aufzeichnungen gewährt“. Damit habe man bereits „genau das getan, was das Landesamt heute mit der Klage von

uns fordert“. Das Landesamt erklärt sein Vorgehen so: „Die vom Land eingereichte Klage gegen die Werkstätten für behinderte Menschen dient der Klärung der Grundsatzfrage, ob dem Land ein allgemeines, nicht anlassbezogenes Prüfrecht gegenüber den Werkstätten zusteht. Aus diesem Grund wurden alle Werkstattträger verklagt.“ Bleibt jetzt nur die Frage, ob das Land vor Gericht die Klage eigentlich gewinnen will oder nicht.

Die CDU will das Thema gleich nach den Ferien in den Landtag bringen, wenn es um die Entlastung der Landesregierung für den Haushalt 2015 geht. Für den Vorsitzenden der Rechnungsprüfungskommission, Adolf Weiland (CDU), geht es nicht um die Frage, „ob zu viel oder zu wenig gezahlt wird – sondern wofür“.

Spiegel: Genug Plätze in der Abschiebehäft

Justiz Land vermietet noch freie Räume

■ **Ingelheim.** Integrationsministerin Anne Spiegel (Grüne) will die Zahl von 40 Haftplätzen im Abschiebegefängnis von Ingelheim nicht erhöhen. Die Kapazität „reicht für den eigenen Bedarf aus, da Rheinland-Pfalz nur einen Bruchteil der verfügbaren Plätze benötigt“, sagte sie auf Anfrage. Von den derzeit 38 Ausreisepflichtigen sind nur sechs in der Zuständigkeit rheinland-pfälzischer Behörden.

In der Debatte über eine ausreichende Zahl von Abschiebehaftplätzen habe Rheinland-Pfalz bereits seinen Teil geleistet, sagte Spiegel unserer Zeitung. Rheinland-Pfalz bietet Amtshilfe für andere Länder, die keine oder nicht genug Plätze haben. Dafür erhält das Land pro Hafttag derzeit 307,65 Euro. Die Einnahmen aus Amtshilfefällen und vertraglichen Vereinbarungen betragen 2016 rund 1,3 Millionen Euro, im ersten Halbjahr 2017 waren es bereits 930 000 Euro, teilte das Ministerium auf Anfrage unserer Zeitung mit.

Die CDU-Landtagsfraktion, die einen höheren Bedarf an Abschiebeplätzen sieht, wundert Spiegels Haltung nicht. Denn ihre Vorgängerin, Irene Alt, habe ja noch dafür gesorgt, dass die Plätze von rund 150 auf 40 reduziert wurden, sagte der CDU-Abgeordnete Adolf Kessel. Er geht wie das Bundesinnenministerium davon aus, dass die Zahl der Abschiebehaftlinge steigen wird. Nach mehreren Protestaktionen von ausreisepflichtigen Ausländern will Kessel von der Landesregierung wissen, ob das noch von Alt veranlasste Entfernen von Stacheldraht auch eine Ursache dafür war, dass Menschen aufs Dach klettern konnten. Zudem fragt er nach den Kosten der Polizeieinsätze bei den Protestaktionen in Ingelheim. Ursula Samary

Nie wieder Haare im Abfluss: WG-Ärger weckt Erfindergeist

Alltagsproblem Tüftler sagt verstopften Rohren den Kampf an – Hilfe aus Idar-Oberstein

Von unserem Reporter
Jörg Staiber

■ **Idar-Oberstein/Piesport.** Alles begann mit dem Ärger in der Wohngemeinschaft: Manus Leyendecker, damals Student der Biologie und Politikwissenschaft in Kaiserslautern, hatte eine ebenso nervige wie eklige Aufgabe. Er musste die Haare aus dem Duschabfluss entfernen. Und jedes Mal ärgerte er sich über die glibberige Masse, die den Abfluss verstopfte. Schon damals dachte er, dass es dafür doch eine Lösung geben müsse.

Diese Lösung hat Leyendecker nach jahrelanger Tüftelarbeit gefunden. 2010 hat er sie zum Patent angemeldet, und vom kommenden Frühjahr an soll der haarfreie Duschabfluss „Freilauf“ im Fachhandel zu erwerben sein. Das Prinzip beruht darauf, dass der Deckel auf dem Abfluss während des Duschens durch einen Stempel und einen Magneten aufrecht gehalten wird. Dadurch verfangen sich dort nicht mehr die Haare, sondern fließen frei darum herum, und nur noch wenige verheddern sich an Stab oder Deckel. Auch das Abflussrohr ist so optimiert, dass sich hier keine Ablagerungen bilden.

Leyendecker ist überzeugt, dass sein Produkt gut angenommen wird, auch wenn zunächst nur neue Duschwannen damit ausgestattet werden können. Besonders in-



Manus Leyendecker (rechts) fand in Klaus-Günter Hub, dem Leiter der Abteilung Konstruktion und Entwicklung bei der Firma Gebrüder Schmidt, einen wertvollen Ansprechpartner.

Fotos: Newground Media Idar-Oberstein

teressant sei seine Erfindung für Großvermieter wie Hotels, Wohnungsbaugesellschaften oder Studentenwerke. „Da drücken sich die Nutzer oft vor der Reinigung des Abflusses und warten so lange, bis das nur noch professionell erledigt werden kann, wofür dann der Vermieter aufkommen muss.“ Klingt, als spräche jemand aus Erfahrung.

Vom damaligen Ärger in der WG bis zum ersten Prototypen war es ein weiter Weg. Erst vor gut einem halben Jahr hat sich Leyendecker die endgültige Ausgestaltung patentieren lassen. Wesentlich schneller soll der haarlose Duschabfluss nun in die Produk-

tion gehen: Vom Februar 2018 an soll er im Handel erhältlich sein. Die wichtigsten Partner für Leyendecker sind dabei drei Firmen aus Idar-Oberstein. Während der Tüftler Modelle und Prototypen mit dem 3-D-Drucker fertigte, war klar, dass bei der Serienproduktion eigentlich nur ein Spritzgussverfahren infrage kommt. Dafür ist die Firma Gebrüder Schmidt in Idar-Oberstein zuständig. Die Metalldeckel für den Abfluss kommen von der Firma Julius Haupt, den Vertrieb der zunächst mit einer Erstauflage von 10 000 Einheiten geplanten Produktion übernimmt der Badausstatter Leysser.

Seine nächste Erfindung hat Leyendecker schon im Visier: einen Waschbeckenabfluss. Da sei der Markt noch größer, weil auch nachgerüstet werden kann, erklärt er.

Hotel soll Zukunft von Maria Laach sichern

Glaube In der Abtei leben immer weniger Mönche

Von unserem Redakteur
Jan Lindner

■ **Maria Laach.** Die finanzielle Lage der altherwürdigen Abtei Maria Laach mit ihren elf Wirtschaftsbetrieben und 230 Angestellten ist seit Jahrzehnten angespannt – trotz eines jährlichen Umsatzes von mehreren Millionen Euro. 35 Mönche leben derzeit noch in der Abtei, vor 30 Jahren waren es bis zu 90. Aufgaben und Arbeit aber sind in den vergangenen Jahren mehr geworden. „Die Frage ist: Wie lässt sich Maria Laach zukunftsfähig gestalten? Wie stemmen wir mit einer kleiner werdenden Gemeinschaft das Leben?“, fragt deshalb der Obere des Klosters, Prior-Administrator Pater Andreas Werner.

Schon länger gibt es die Pläne, das Viersternehotel zu erweitern und eine Gaststätte mit Seeblick zu bauen. Pater Andreas will diese Vorhaben endlich auf den Weg bringen. Im Gespräch mit unserer Zeitung sagt der 65-Jährige: „Für die Zukunft des Klosters ist das unumgänglich.“

Zumal die Zahl der Mönche wohl weiter sinken wird und einige ein Alter haben, das ihnen keine Mitarbeit mehr erlaubt. Ein Mitbruder ist kürzlich gestorben, ein Novize aus der Region hat das Kloster nach nur drei Monaten wieder verlassen. Ein Mitbruder befasst sich schon länger damit, nach Beuron zu ziehen. Zudem überlegen drei Mönche, die als Priester im Brohltal, München und Neuburg arbeiten, in den Diözesanklerus überzutreten. Pater Andreas sagt dazu: „Das ist keine neue Entwicklung. Die Situation war schon so, als ich herkam.“

Bei der Umsetzung der Erweiterungs- und Neubaupläne soll der neu gegründete Wirtschaftsbeirat helfen. Unter den acht Mitgliedern sind vier Mönche (Pater Andreas, zwei weitere Mitbrüder aus Maria Laach sowie ein Mitbruder eines anderen Klosters, der Steuerberater ist) und vier regionale Vertreter aus Wirtschaft und Finanzwelt. Einen Zeitplan für die Baumaßnahmen gibt es noch nicht. Pater Andreas ist sich jedoch sicher, dass er bei deren Start nicht mehr in Maria Laach sein wird. Im Mai 2019 endet seine dreijährige Amtszeit als Prior-Administrator. Im Mai 2016 war er von der Beuroner Benediktinerkongregation als von außen kommender Prior-Administrator ernannt worden; ein Novum in der 924 Jahre alten Historie von Maria Laach. An der Spitze des Klosters löste er Pater Albert ab, der in seiner Amtszeit nach 21 von 36 Monaten zurückgetreten war.

Diese Entwicklung hatte ihren Lauf Ende 2014 genommen, als der Konvent seinem Abt Benedikt Müntnich nach zwölfjähriger Amtszeit die Wiederwahl verweigert hatte. Müntnich zog zu den Benediktinerinnen in Rudesheim-Eibingen. Er hätte eigentlich ein halbes Jahr später wieder zurück an den Laacher See kommen sollen. Doch er ahnte schon damals, dass seine Auszeit länger dauern würde. Die ist nun vorbei. Kürzlich ist Abt Benedikt zurückgekehrt. Und dies auf Einladung von Pater Andreas, wie dieser sagt: „Wir haben zusammen ein Jahr in Salzburg studiert, waren dann beide Novizenmeister. Ich freue mich, dass er zurückkommt.“



„Für die Zukunft des Klosters ist das unumgänglich.“
Pater Andreas zu den geplanten Baumaßnahmen

Kompakt

Land löst Probealarm für Katwarn aus

■ **Rheinland-Pfalz.** Nicht erschrecken, wenn es laut wird: Am kommenden Montag, 7. August, wird es einen Probealarm für das Katastrophenwarnsystem für Handys, Katwarn, geben. Das Land will gegen 11.15 Uhr die Mobilfunkgeräte aller bisher registrierten Nutzer – rund 440 000 Menschen in Rheinland-Pfalz – ansteuern. „Wer gewarnt ist, kann sich und seine Angehörigen im Ernstfall schützen. Im Unterschied zur klassischen Sirene werden mit der App Katwarn zusätzlich auch Verhaltenshinweise übermittelt“, wirbt Innenminister Roger Lewentz für das kostenlose Programm.

Summi-Gewinnspiel

Fünfter Wochengewinn geht nach Koblenz

Beim Puzzle-Gewinnspiel der Summi-SommerSpaß-Aktion unserer Zeitung hat Clara Lorentz aus Koblenz den fünften Wochengewinn gewonnen: Eintrittskarten für den Kletterwald in Bad Marienberg im Wert von 250 Euro. Die Gewinnerin wird persönlich benachrichtigt.



Das Puzzle der fünften Woche zeigt Summi am Schängelbrunnen in Koblenz.

Die Puzzleteile gibt es von montags bis samstags in unserer Zeitung. Fertige Motive sind bis zum darauf folgenden Mittwoch (Datum des Poststempels) zu senden an:

Rhein-Zeitung
SommerSpaß-Gewinnspiel
56050 Koblenz

➔ Weitere Informationen gibt es unter: www.rz-summi.de